

D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DGAC Schweiz

Personale Informationsmittel

Philipp ETTER

BIOGRAPHIE

20-2 *Bundesrat Philipp Etter (1891 - 1977)* : eine politische Biografie / Thomas Zaugg. - Zürich : NZZ Libro, 2020. - 766 S. : Ill. ; 23 cm. - (Beiträge zur Zuger Geschichte ; 19). - Zugl.: Zürich, Univ., Diss., 2019. - ISBN 978-3-03810-437-7 : SFr. 58.00, EUR 58.00
[#6872]

Als Philipp Etter zum Jahresende 1959 als Bundesrat zurücktrat, konnte er auf eine über 25jährige Amtszeit zurückblicken. Für viele Zeitgenossen hatte er sich zum Landesvater entwickelt und sich den Ruf des „ewigen Bundesrates“ erworben. Tatsächlich ist niemand mehr seit dem Ausscheiden Etters derart lange im Amt verblieben. Besonders in den Nachkriegsjahren konnte Etter auf eine lange Liste von Verdiensten blicken: So hatte er u. a. am Ausbau der ETH Zürich sowie der Alpen- und Nationalstraßen Anteil, und ebenso war er an der Einführung der Alten- und Hinterlassenenversicherung (AHV) beteiligt. Auch hatte unter Etter das von ihm geleitete Innendepartement zahlreiche Kompetenzen hinzugewonnen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialversicherung; u. a. fällt auch noch die Einführung der Invalidenversicherung (IV) 1959 in die Amtszeit Etters.

Diesem landesväterlichen Image steht jedoch eine scharfe Kritik an Etters politischen Grundsätzen gegenüber, vor allem nachdem eine Historikergeneration, die durch die kritischen Nachfragen der 1968er Bewegung geprägt war, sich mit der Rolle Etters als verantwortlichen Schweizer Politiker in den 1930er Jahren und während des Zweiten Weltkrieges auseinandersetzte: Etter erschien als ein Politiker, der ständestaatliche Theorien verfolgte und eine antidemokratische Neuordnung der Schweiz nach dem Vorbild des Austrofaschismus sowie des faschistischen Italiens anstrebte. Schon zeitgenössische Kritiker der 1930er Jahre hatten in Etter eine schweizerische Kopie Mussolinis gesehen – rein äußerlich bestand durch die Vollglatze eine gewisse Ähnlichkeit. Auch die von Etter in den späten 1930er Jahren geprägte Ideologie der geistigen Landesverteidigung wurde von ihren Kritikern als schweizerische Variante des Totalitarismus verstanden, zudem wurde auf antisemitische Stereotype in den Publikationen Etters hingewiesen. Ein negatives Bild auf den schweizerischen Bundesrat warf zudem die Rede

von Außenminister Marcel Pilet-Golaz¹ vom 25. Juni 1940, die zahlreiche äußerst vage Formulierungen enthielt und die durchaus als Aufruf zur Anpassung an NS-Deutschland, das gerade über Frankreich triumphiert hatte, verstanden werden konnte. Etter hatte die Rede des Außenministers im deutschsprachigen Rundfunk der Schweiz vorgetragen.

Thomas Zaugg bemüht sich in seinem Buch² um eine Neubewertung Etters, wobei er auf dessen Nachlaß im Staatsarchiv Zug zurückgreifen kann. Dieser wurde bereits 1999 von der Familie Etters übergeben, blieb aber zunächst einmal noch 15 Jahre gesperrt. Zaugg hat nunmehr zwischen 2014 und 2018 den Nachlaß Etters geordnet und verzeichnet und in diesem Zusammenhang die vorliegende Biographie verfaßt, die im Frühjahrssemester 2019 an der Universität Zürich als Promotion angenommen wurde.³

Wenn auch bekannt ist, daß Etter einen Teil seiner Korrespondenz vernichtet hat, so ergibt sich aus dem von Zaugg ausgewerteten Briefverkehr Etters doch ein sehr vollständiges Bild von dessen persönlichen Überzeugungen. Zu den bevorzugten Korrespondenzpartnern gehörte Romuald Banz, ein Benediktinermönch aus Einsiedeln und Lehrer Etters an der dortigen Stiftsschule, der ehemalige Zuger Ständerat und Bundesrichter Joseph Andermatt, der Vorsitzende der Fraktion der Konservativen Volkspartei im Nationalrat, Heinrich Walther, und der hochkonservative Intellektuelle Gonzague de Reynold. Mit letzterem korrespondierte Etter zwar intensiv und bemühte sich, dessen Rat einzuholen, dennoch kann Zaugg zeigen, daß der Bundesrat das antidemokratische Gedankengut des Westschweizer Adligen und Intellektuellen in entscheidenden Punkten nicht teilte. Zudem wertet Zaugg die von Etter redigierten **Zuger Nachrichten** intensiv aus.

Etter wurde 1891 in Menzingen im Kanton Zug geboren. Seine höhere Schulbildung erhielt er 1907 - 1911 am Stift Einsiedeln. Entgegen den ursprünglichen Vorstellungen der Eltern wurde er jedoch nicht Priester, sondern wandte sich dem „Presseapostolat“ zu. Im Gefolge der Schulzeit bereitete er sich unter der Obhut von Georg Baumberger, dem Redakteur der **Neuen Zürcher Nachrichten**, auf die Übernahme der **Zuger Nachrichten** vor, während er gleichzeitig noch an der Universität Zürich Rechtswissenschaften studierte. Gekonnt schildert Zaugg das geistige Umfeld Etters an

¹ Vgl. **Marcel Pilet-Golaz (1889 - 1958)** / Marc Perrenoud, Jean-Claude Favez, Michèle Fleury-Seemüller. // In: Das Bundesratslexikon / Urs Altermatt (Hrsg.). - Zürich : NZZ Libro, 2019. - 759 S. : Ill. ; 25 cm. - ISBN 978-3-03810-218-2 : SFr. 98.00, EUR 98.00 [#6389] - Hier S. 325 - 330. - Rez.: **IFB 19-1**

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9625>

² Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1184043124/04>

³ Zu Etter vgl. auch **Philipp Etter (1891 - 1977)** / Martin Pfister ; Thomas Zaugg. // In : Bundesratslexikon (wie Anm. 1), S. 349 - 355. - Vom Staatsarchiv Zug wurde im Zusammenhang mit der Ordnung und Verzeichnung des Nachlasses von Bundesrat Etter auch eine Ausstellung organisiert, die freilich derzeit der Corona-Krise zum Opfer fällt. Jedoch hat das Staatsarchiv Zug umfangreiches Material zu Etter ins Internet gestellt:

<https://www.zg.ch/behoerden/staatskanzlei/staatsarchiv/ausstellung-bundesrat-philipp-etter> [2020-04-15]

der Stiftsschule Einsiedeln sowie in der katholischen Diaspora in Zürich. Dabei prägte ein sozialer Katholizismus, wie er in der Enzyklika *Rerum novarum* formuliert worden war, das Denken Etters überaus stark. In diesem Sinne brachte Etter auch ein gewisses Maß an Verständnis für die Forderungen der Arbeiterschaft auf und setzte sich als Journalist für soziale Anliegen wie bspw. den sozialen Wohnungsbau ein. Durch die Minderheitsstellung der Katholiken in Zürich mußte Etter notwendigerweise schon früh auch vermittelnde Positionen einnehmen. An der Seite Baumbergers gehörte er 1912 zu den Gründungsmitgliedern der Konservativen Volkspartei, die den Anspruch hatte, nicht ausschließlich Katholiken integrieren zu wollen. – Allerdings wurde von Etter, wie auch von anderen freisinnigen und katholischen Kräften, der Landesstreik von 1918 als traumatisches Ereignis und als Revolutionsversuch der politischen Linken wahrgenommen. Dementsprechend äußerte sich Etter in seinen Zeitungsartikeln in den 1920er Jahren immer wieder scharf antisozialistisch und auch antiliberal.

Gleichwohl war er, wie Zaugg herausarbeiten kann, in der politischen Praxis seit 1918 im Kantonsrat von Zug und seit 1923 als Regierungsmitglied (Leiter der Militär- und Erziehungsdirektion) und schließlich seit 1930 als Ständerat in Bern durchaus pragmatisch und kompromißbereit, womit er exemplarisch die Haltung der katholischen Politiker der Innerschweiz innerhalb der Konservativen Volkspartei repräsentierte. Eine durchaus andere Position vertraten die Freiburger Katholiken mit Bundesrat Jean-Marie Musy⁴ als Spitzenvertreter. Diese standen für einen „autoritären Stil, eine aus patrizischen Kreisen hervorgehende, bereits gegen Ende der 1920er Jahre geäußerte Demokratiekritik sowie einen ultraföderalistischen Korporatismus, mit dem sie in ihrem kaum industrialisierten Kanton Kapitalismus und Klassenkampf zu kontrollieren gedachten“ (S. 155). Mit dem föderalistischen Argument brachten sie auch soziale Reformvorhaben, wie die Einführung der AHV 1931 zu Fall. Auch die katholischen Jungkonservativen bewegten sich in den beginnenden 1930er Jahren zunehmend nach rechts: Seitens der Frontisten, d.h. der schweizerischen Sympathisanten der Nationalsozialisten, wurde eine Neuausrichtung gefordert, konkret die Totalrevision der Bundesverfassung. Bei der katholischen Jugend stießen derartige Forderungen teilweise ebenfalls auf Anklang.

Auch bei Etter war viel von einer Erneuerung die Rede und vor allem erteilte er auf einer Tagung der katholischen Jugend in Zug im August 1933 dem Sozialismus und Liberalismus erneut eine scharfe Abfuhr. Gemäß Etter sollte eine Neuordnung vor allem im Geiste stattfinden. Zwar setzte er sich mit ständestaatlichen Ordnungen wie in Österreich auseinander, am konkreten Institutionengefüge der Eidgenossenschaft wollte Etter jedoch nichts ändern. In der Wirtschaft wünschte er den Zusammenschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu Berufsverbänden, in deren Rahmen sich beide auf einen gerechten Familienlohn für die Arbeiterschaft einigen sollten. Diese

⁴ *Jean-Marie Musy* / Francis Python. // In: Bundesratslexikon (wie Anm. 1), S. 312 - 318.

Zusammenschlüsse in der Wirtschaft sollten organisch bzw. freiwillig und nicht durch staatlichen Zwang erfolgen.

Zugleich sieht Zaugg Etter vor allem als Vermittler, der immer wieder auf die katholische Jugend zugegangen ist und stets versucht hat diese einzubinden und „vor dem Abdriften in den Frontismus zu bewahren“ (S. 185), dabei allerdings nie den Boden der Schweizerischen Demokratie verlassen hat. Dementsprechend ist für Zaugg die Wahl Etters in den Bundesrat 1934 auch nicht der Erfolg der Frontisten und rechtskatholischer Kreise. Vielmehr beruhte sie auf dem Kompromiß zwischen Kräften des westschweizerischen Freisinns und des Innerschweizer Katholizismus.

Ebenfalls ein eignes Kapitel widmet Zaugg der Frage nach dem Antisemitismus Etters. Aus der Durchsicht der Artikel der **Zuger Nachrichten** wird deutlich, daß sich in der Berichterstattung Etters eine Reihe antisemitischer Stereotypen befindet, die im Katholizismus der 1920/30er Jahre häufig zu finden war. Dennoch wird aus Etters Artikel auch deutlich, daß dieser die nationalsozialistische Judenverfolgung letztlich klar verurteilt hat. In der Bewertung Hitlers zögerten die **Zuger Nachrichten** im Frühjahr 1933 allenfalls kurz, aber schon bald war Etter klar, daß der Nationalsozialismus ein Weg war, vor dem die Schweiz in jedem Fall zu behüten war. An anderer Stelle sprach er ganz offen von Hitler als einem „Verbrecher“ (S. 436).

Die ersten Jahre Etters als Bundesrat waren geprägt durch eine Einarbeitungsphase. Aus dem Schriftwechsel Etters mit seiner Gattin kann Zaugg zeigen, daß Etter erhebliche Zweifel hatte, dem hohen Amt in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise gerecht zu werden. Hier mußte er sich Grundkenntnisse erst einmal aneignen. Eine zentrale Aufgabe bildet erst ab 1937 die Organisation der geistigen Landesverteidigung; bis dahin war das Innendepartement kein Schwergewicht innerhalb der Schweizer Regierung: Nachdem die Schweiz auf kulturellem Gebiet durch die Propaganda von NS-Deutschen überflutet wurde, war es vor allem die politische Linke, die den Wunsch nach einer offensiveren Kulturpolitik der Schweiz artikulierte. Etter war hier zunächst vorsichtig, sah er doch die Kultur als Aufgabe der Kantone an und gerade im Föderalismus den stärksten Damm gegen den Totalitarismus. Die letztlich von Etter im Dezember 1938 verkündete „Kulturbotschaft“ griff Bilder auf, die nicht nur im katholisch-konservativen Lager geteilt wurden, sondern auf breite gesellschaftliche Resonanz stießen. Hierzu gehört das Selbstverständnis der Schweiz als Verbindungsglied zwischen deutscher, französischer und italienischer Kultur mit dem Gotthardpaß als zentralem Gebirgsmassiv, an dem die Flüsse, Rhein, Rhone und Ticino, stellvertretend für alle drei Sprachregion entspringen. Daneben betonte Etter die Grundlage der Schweizer Demokratie im freien Zusammenschluß der Bauern 1291 und der Verfassung von 1848. Nur weil die Demokratie in der Schweiz schon im Mittelalter bestanden habe, sei diese hier fest verwurzelt, gleichsam Teil der Landesidentität. Dagegen habe sich die demokratische Staatsform in Ländern, in denen sie erst im Gefolge der Französischen Revolution im 19. und 20. Jahrhundert etabliert worden sei, in der Krise der Gegenwart als nicht mehr lebensfähig erwiesen. Kernstück der Schweizer

Demokratie waren für Etter selbstverständlich der Föderalismus und damit verbunden das Subsidiaritätsprinzip.

Die geistige Landesverteidigung fand ihre Ausprägung in der Landesausstellung 1939 in Zürich. Etter ließ den Ausstellungsmachern weitgehend freie Hand. Nur an zwei Stellen mischte er sich ein: So wünschte er keine Ahnentafel der Schweizer, da sich die Schweiz als Willensnation und nicht auf dem Prinzip der Rasse gegründet verstehe. Dem Wunsch Etters entsprach auch, daß als Gründungsurkunden der Schweiz gleichermaßen der Bundesbrief von 1291 und die Bundesverfassung von 1848 präsentiert würden.

Mit Blick auf die geistige Landesverteidigung arbeitet Zaugg zudem heraus, wie peinlich Etter darauf bedacht war, keine Bundesbehörden zu schaffen, sondern die geistige Landesverteidigung der Stiftung Pro Helvetia zu übertragen, deren Gremien möglichst ausgewogen mit Vertretern sämtlicher Landes- und Sprachregionen und unterschiedlicher politischer Richtungen besetzt wurden.

Hatte die Landesausstellung Etter wiederholt als packenden Redner erlebt, der letztlich die Unabhängigkeit der Schweizer Demokratie betonte, so ergab sich nach dem Triumph von NS-Deutschland über Frankreich im Sommer 1940 ein vollständig anderes Bild. Die Verlautbarung des Bundesrates vom 25. Juni 1940 konnte als Anpassung verstanden werden. Etter selbst zeigte ein z.T. hektische Betriebsamkeit, die Zaugg letztlich als Ausdruck der Unsicherheit deutet. Wiederholt war bei Etter wiederum von einer Neuordnung die Rede. Wie diese erfolgen sollte, blieb letztlich eher unklar. Auf massive Kritik stieß Etter bei Pressevertretern, als er die Einführung eines „Presse-Amtes“, das letztlich zur Zensur der Presse dienen sollte, ins Gespräch brachte. Allerdings wird aus der Darstellung Zauggs ebenfalls deutlich, daß sich der Bundesrat von Kreisen vor allem aus der Waadt distanzierte, die ihn als Landammann einer autoritär umgestalteten Schweiz sahen. Wie eng die Handlungsspielräume der Schweizer Regierung waren, wird zudem deutlich, wenn Zaugg beschreibt, in welchem Maße und in welcher Form der deutsche und der italienische Gesandte sowohl auf den Bundesrat als auch auf die Schweizer Presse massiv Druck ausübten.

1942 verhinderte Etter schließlich als Vertreter der Schweizer Regierung einen Protest des IKRK gegen die Deportationen der europäischen Juden. Zaugg kann dabei verdeutlichen, daß Etter hier nicht aus Antisemitismus handelte, sondern vielmehr in der nachvollziehbaren Überzeugung, daß ein solcher Protest gerade das Gegenteil dessen, was man wollte, erreichen würde und die Handlungsspielräume der IKRK wie auch der Schweiz, die mit diesen besonders identifiziert wurde, weiter eingeengt würden.

Für die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schildert Zaugg u. a. noch die Rolle Etters bei der Einführung der Alten- und Hinterlassenen Versicherung wie die Veränderungen, die der Schweizer Katholizismus bis in etwa 1960 durchlaufen hat. Damit einhergingen auch Veränderungen in der Zusammensetzung des Bundesrates. War die Konservative Volkspartei über Jahrzehnte der Juniorpartner des Freisinns gewesen, so befürwortete sie nunmehr den Eintritt auch der Sozialdemokratie mit zwei Vertretern in die sie-

benköpfige Landesregierung. Etter zog seinen Rücktritt bewußt bis 1959 heraus, um in einer günstigen Situation den Weg freizumachen für die Etablierung der so genannten Zauberformel, gemäß der sich für fast 50 Jahre der Bundesrat aus zwei Freisinnigen, zwei Christlichen, zwei Sozialdemokraten und einem Vertreter der Bürger- und Bauernpartei (heute SVP) zusammensetzte.

Zaugg gelingt es, ein vielschichtiges Bild jenseits aller Schwarz-Weißmalerei von Bundesrat Etter zu zeichnen. Dieser wird vorgestellt als ein Mann, der durchaus bereit war, sich auf wandelnde Zeitverhältnisse einzustellen und immer wieder zu vermitteln: Der Anhänger der katholischen Soziallehre ließ sich auf das Konzept einer sozialen Marktwirtschaft ein; hatte er sich in jungen Jahren scharf gegen die Sozialdemokratie gewandt, so war er am Ende seiner Amtszeit bereit, auch diese einzubinden. In gleicher Weise öffnete er sich für die Kirchenreform der 1960iger Jahre und räumte ein, daß eine unhinterfragte Autorität, wie er sie in seiner Jugend kennengelernt hatte, von Vater, Pfarrer und Lehrer, auch nicht als richtig anzusehen sei. Auch auf den Gedanken des Frauenstimmrechts ließ er sich nach seinem Rücktritt als Bundesrat noch ein. Zauggs Biographie Etters vermittelt ein lebendiges Bild der politischen Kultur der Schweiz im Wandel vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in etwa 1960.

Michael Kitzing

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=10255>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=10255>